

Märkischer Sprecher

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt

Amthliches Kreisblatt für Stadt- und Landkreis Bochum

Druck und Verlag: Buchdruckerei W. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
Geschäftsstelle: Dudenbergstr. 11, Fernsprecher 125. — Postfach 100 Dortmund Nr. 3695.
Erscheinung: Dudenbergstr. 4, Fernsprecher 3875.

Bochumer Brief: Im Bochum u. Umgebung monatlich 35.—, im Rest des Reichs 40.—, im Ausland 45.—. — Die Bochumer Briefe erscheinen am Montagmorgen. — Für Inserate sind besondere Bedingungen zu stellen. — Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Meldungen nicht verantwortlich. — Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Meldungen nicht verantwortlich. — Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Meldungen nicht verantwortlich.

Bochumer Brief: Im Bochum u. Umgebung monatlich 35.—, im Rest des Reichs 40.—, im Ausland 45.—. — Die Bochumer Briefe erscheinen am Montagmorgen. — Für Inserate sind besondere Bedingungen zu stellen. — Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Meldungen nicht verantwortlich. — Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Meldungen nicht verantwortlich. — Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Meldungen nicht verantwortlich.

Die ungeheuren Kosten der Rheinlandkommission.

Von unserem Mitarbeiter aus dem besetzten Gebiet.

Die seit dem 1. Mai 1921 bis Ende Dezember 1921 dem Deutschen Reich erwachsenen Kosten für die Rheinlandkommission und ihre Delegierten haben nach der Denkschrift des Reichsfinanzministers 178 552 000 Mark betragen.

Nun ist zwischen uns und den Alliierten ein Rheinlandabkommen getroffen worden, nach dessen Artikel 2 die Rheinlandkommission aus vier Mitgliedern zu bestehen hat, während die Befehlshaber von Delegierten neben diesen vier Mitgliedern wieder im Besitz von Versailles nach im Rheinlandabkommen vorgesehen ist. Wer wie in vielen anderen Dingen liegt die Sache auch in diesem Falle wieder so, daß die Kommission und die Befehlshaber von Versailles neben diesen vier Mitgliedern wieder im Besitz von Versailles nach im Rheinlandabkommen vorgesehen ist.

Und diese Wünsche gehen bekanntlich in erster Linie darauf hinaus, Deutschland zu demütigen und nach Kräften auszulaugen. So kann es denn nicht Wunder nehmen, daß das gesamte Personal der wie ein Wasserzopf angehängten Rheinlandkommission gegenüber den verhältnismäßig vorgesehenen vier Mitgliedern bereits vor Errichtung der Rheinlandkommission aus nicht weniger als rund 1800 Köpfen bestand.

Und Mitglieder, die sich nicht scheuen, auf diese ebenso schamlose wie ungeheuerliche Art auf Kosten unseres Volkes um das nackte Dasein ringen, den Sold zu schmökern, haben die eiserne Stirn, und immer wieder Mangel an Sparmaßnahmen vorzuwerfen, haben die Freigiebigkeit zu der unheimlichen Verschwendung, daß der drohende Bankrott Deutschlands lediglich auf eine künstliche Wache zurückzuführen sei! Ist es schon Wahnsinn, hat es doch Methode.

Die internationalisierte Rheinlandkommission teilte dem Reichsfinanzminister für die besetzten rheinischen Gebiete mit, daß sie vom 7. Juli 1922 an auf die Dauer von einem Monat dem Oberdelegierten in der britischen Zone besondere Vollmachten der Verordnung 12 übertragen habe. Hierdurch wird dieser ermächtigt, alle Einnahmen, Steuern oder Abgaben zu untersuchen, die die Sicherheit der Besatzungstruppen zu gefährden geeignet seien und den Aufenthalt auf der Straße während des Nachts zu verhindern. Außerdem hat die Rheinlandkommission die Vollmachten, die sie am 9. Juni dem Delegierten der Pfalz erteilte, um einen Monat verlängert.

Deutschnationale und bürgerliche Arbeitsgemeinschaft.

Parteiliche schreibt die „Nationalistische Correspondenz“, der „Presseblatt der Deutschen Volkspartei“:

„Es ist zu erwarten, daß auch auf bürgerlicher Seite an der etwaigen Arbeitsgemeinschaft Kritik geübt wird. So hat man schon den Gerichten in die Debatte geworfen, ob nicht eine Arbeitsgemeinschaft zwischen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei vorzuziehen wäre. Diese Frage ist leicht zu beantworten. Eine engere tatsächliche Verbindung der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei hätte unzweifelhaft den Sozialdemokraten in die Hände gespielt, da da dann im Zentrum und den Demokraten keine Möglichkeit mehr geblieben wäre, sich dem Druck der sozialdemokratischen Fraktion zu entziehen. Eine Arbeitsgemeinschaft der rechten Seite wäre also der Ausgangspunkt einer starken Vindikation unserer gesamten Politik geworden.“

Eine andere Frage ist die, ob man nicht auch die Deutschnationale in die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft einbeziehen könnte. Diese Frage wäre zu bejahen, wenn die Deutschnationale es über sich gewonnen hätten, sich von denjenigen Kreisen zu trennen, die sich in rechtsradikaler Haltung gehalten und die ihre unferne inneren Enttäuschungen nicht minder äußern, als die Sozialdemokraten tun. Da dieser Trennungspunkt innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei nicht gegeben ist, so ist für die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft auf der rechten Seite eine Grenze gegeben, deren Verletzung im gegenwärtigen Augenblick von außerordentlichem Bedauern, deren Verletzung aber nicht in unserer Gewalt liegt, sondern lediglich Sache der Deutschnationalen ist.“

Gerhardt über die Organisation „C“.

Dr. München, 19. Juli. Der frühere Kommandant der Marinebrigade Gerhardt, Korvettenkapitän Gerhardt, veröffentlicht in den Münchener Wätern eine Erklärung über die Organisation „C“, worin es am Schluß heißt:

Die Organisation „C“ ist ausgerichtet und geschaffen, es hat nichts, der Geist ist nicht durch Verbote und Paragraphen töten. Ich weiß, daß die alten Mitglieder der zweiten Marinebrigade sich wieder zusammenfinden werden, auch ohne Organisation und Verein. Sie werden ihre Pflicht zu tun wissen, wenn aus Deutschland werden.

Die Feststellungen über den Rathenau-Mord

Was man bei den Leichen der beiden Mörder fand.

Aus Bad Sulza wird noch berichtet:

Wie vorauszuheben war, fanden sich keinerlei schriftliche Aufzeichnungen vor. Diese hatten die Mörder sämtlich in der Tasche verborgen. Nur eine Karte von Thüringen und dem Harz wurde noch vorgefunden. Die Mörder hatten die Kleider abgelegt und trugen nun die des Burgbesizers. Es bestanden nach Ansicht der Kriminalpolizei zwei Möglichkeiten: entweder haben die Mörder Schüssel aus der Burgwohnung geholt, oder sie sind am Volkshaus hinaufgestiegen und von der Plattform in die Wohnung gelangt. Durch einen herbeigerufenen Sachverständigen soll letztere Möglichkeit geprüft werden. Zur Verhaftung sind noch ein Mann, das sich bei den Leichen einige tausend Mark vorfanden, die Mörder also nicht mittellos waren. Vermutlich rührten die Beträge aus dem Erlös der Fahrräder her, die sie in Raumburg verkauft haben, und die auch dort beschlagnahmt worden sind. Der Inhalt ihrer Rucksäcke bot schon gewisse Anhaltspunkte für die Ermittlung ihres Aufenthalts seit der Flucht aus Densen. Eine Brieftasche beispielsweise weist auf den kleinen Ort Bülow in der Gegend von Gardelegen hin. Bekanntes Berliner Polizeipräsidium stellt auch andere Orte bereit. Wo und bei welcher Gelegenheit Kern die Schüsse schied, deren Spuren sich an seiner Leiche zeigen, ist noch nicht fest.

Ferner fand man bei den beiden Leichen eine Generalabkassette. In der Wohnung des Dr. Stein wurde ein Karabiner und eine Pistole mit Munition gefunden. Die Nachforschungen der Polizei bewegen sich in der Richtung, inwieweit Dr. Stein als Begünstiger der beiden Mörder in Frage kommt und ob im Zusammenhang mit irgend einer rechtsradikalen Organisation nachgewiesen werden kann.

Ein Zweifel an der Persönlichkeit der Mörder nicht möglich.

Die wertvolle Unterstützung der Presse bei der Fahndung.

Zu der Auffindung der Mörder Rathenau und dessen Selbstmord erfahren wir noch folgendes: Die Verfolgung der Mörder bis zu ihrer end-

ein holländischer Räuberstaat werden sollte. Ein anderes Ziel als dieses Ziel der Waise hat die geheime, gefährliche und schamlos verleumdete Organisation „C“ ebenso wenig gehabt wie ihr Nachfolger. Als Aufgabe der Organisation „C“ wird in dem Schreiben bezeichnet, daß bei holländischen Unruhen sich ihre Mitglieder, falls die Machtmittel des Staates nicht ausreichen oder verfallen, sollen, der gescheiterten Regierung zur Verfügung stellen.

Die Autonomie Oberschlesiens.

In einer Vertrauensmännerversammlung der ober-schlesischen Volkspartei (Zentrum) in Randolin wurde nach einem Referat des Pfarrers Ullrich zur Frage der Autonomie Oberschlesiens eine Resolution angenommen, des Inhalts, daß die Partei nach Erfüllung der Wünsche des ober-schlesischen Volkes für die Abhaltung am 3. September ihren Wählern empfehle, für den Verbleib des Landes im preussischen Staatsverband zu stimmen. Damit ist bei der ausschlaggebenden Bedeutung des Zentrums in Oberschlesien der Verbleib Oberschlesiens bei Preußen gesichert.

Bayerns Stellung zum neuen Gesetz.

München, 19. Juli. Der bayerische Senat in Berlin trifft heute in München ein. Auf heute vormittag 10 Uhr ist bereits ein Ministerrat angesetzt, ohne die Stellungnahme der Koalitionsparteien abzuwarten. Im Landtage verläuft, daß das bayerische Justizministerium ein Gutachten staatsrechtlicher Natur über die Verankerung des Gesetzes ausgearbeitet hat. Dieses Gutachten soll zu dem Ergebnis kommen, daß die Justiz- und Polizeihochschule staatsrechtlich gewährleistet sei und darum ohne Verfassungsbruch nicht angetastet werden dürfe. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ bringen zu der ganzen Frage einen umfangreichen Leitartikel, der zu dem Schluß kommt, daß die bayerische Regierung sich der Reichsregierung zwar nicht widersetzen dürfe, daß sie aber für baldige Befestigung der Ausnahmengesetze zu wirken habe. Wie sich die Koalitionsparteien stellen werden, kann man noch nicht voraussagen. Die Bayerische Volkspartei hat nach vor Kurzem die Parole aufgegeben, „kein Vagabund gegenüber Berlin in den Fragen, die die letzten Wahlen noch verbleibenden Rechte betreffen“. Berhardt die größte Partei Bayerns bei dieser Faltung, dann bleibt wohl nur Befragung des Volkes nach Auflösung des bayerischen Landtages. Die den linken Flügel der bayerischen Volkspartei vertretende Münchener „Botschaft“ sagt: „Daß die Bayerische Volkspartei mit ihr die Mehrheit des Landtages diese Gesetzgebung anerkennen, ist ausgeschlossen.“ Nach dem die Bauernbündler im Reichstag gegen die Ausnahmengesetze gestimmt haben, ist zu erwarten, daß sie auch weiterhin wie die bayerischen Koalitionsparteien eine ablehnende Haltung beobachten werden.

gültigen Umstellung bei der Saalburg war nach Mitteilung des Berliner Polizeipräsidiums nur dadurch möglich, daß dem Berliner Polizeipräsidium die weitgehendste Hilfe der Presse für die Verfolgung der Mörder zur Verfügung stand. Ohne diese weitgehende Hilfe, bei der es sich insbesondere um die Weitergabe aller Einzelheiten nach Bekanntwerden der tatsächlichen Hintergründe handelte, hätte wahrscheinlich eine so reiche Aufklärung des ganzen Mordes, seiner Vorbereitung und noch nicht stattdessen können und es dürfte in der Kriminalität seit langem der erste Fall sein, wo durch die Unterstützung seitens der Presse eine so rasche Aufklärung eines solchen Kapitalverbrechens möglich war. Neben der Unterstützung durch die Presse hat das Polizeipräsidium vor allem auch die Unterstützung aller auswärtigen Polizeipräsidien — Direktionen — und Vermieter gefunden. Besonders hervorgehoben wird hierbei die Unterstützung Hamburgs, Dresdens, Schwerins, aller sächsischen und badischen Polizeiamter, und Oldenburgs. Der Beamte, der im Auftrag des Berliner Polizeipräsidiums an der Umstellung der Saalburg teilgenommen hat, hat auf Grund des Verzeichnisses mit den vorhandenen Photographien festgestellt, daß ein Zweifel an der Identität der Mörder nicht vorliegen kann. Er befindet sich zurzeit auf dem Wege nach Berlin, um hier Bericht zu erstatten.

Deutschnationales Dementi.

Von deutschnationaler Seite wird dem Berliner Lokal-Anzeiger mitgeteilt, daß die Angaben, wonach Richter und Kern vor ihrer Ermittlung bei einem deutschnationalen Parteifreier in Koesen geholt haben sollen, von der dortigen Parteioberleitung unterstellt wurden und den Verfolgungen durch die Polizei systematisch entgegen worden seien, unzutreffend sind. In Bad Koesen besteht eine kleine Ortsgruppe der Deutschnationalen Volkspartei, die aber keinen Parteifreier habe. Ferner sei Dr. Stein niemals deutschnationaler Parteibeamter gewesen.

Das Nachener Spionage-Büro.

Nachrichten hat ein Münchener Gericht den Belgier Potier zu 10 Jahren und 2 deutsches Staatsangehörige Pichetti und Grillmeyer zu 4 Jahren Zuchthaus wegen Spionage verurteilt.

Der Prozeß hat einen interessanten Einblick in das Wirken der belgisch-französischen Spionage im besetzten Gebiet eröffnet. So stellte das Gericht in der Begründung des Urteils ausdrücklich fest, daß in Nachen ein fremdes Büro mit ausgezeichneter Spionageorganisation und Spionageschule tätig sei. Erwiesen sei, daß der Angeklagte Potier gemeinsam mit den anderen Agenten nach München geschickt wurde, mit dem Auftrag, Dokumente zu beschaffen, Material über den Bund Oberland und andere Parteien und Vereinigungen zu sammeln. Außerdem sei Potier auch als Spionagemittel in Nachen in die Hand der Weisenaufnahme eine Persönlichkeit, die sich mit dem Decknamen „Reit-Grand“ bezeichnet. Angeblicher Auftraggeber für die Spionage sollte eine antimilitärische Internationale sein. Der Hauptangeklagte gab jedoch zu, daß er dies als unzulässig betrachtet habe und überzeugt gewesen sei, für die Weisenaufnahme Spionagedienste zu leisten. Die Begründung des Urteils hob hervor, daß Deutschland den Versailler Vertrag genau erfüllt und daher keine militärischen Geheimnisse habe.

Poincare und Deutschland.

Von unserem außenpolitischen Mitarbeiter.

Während der Reichstag in die Ferien gegangen ist, findet der unersöhnliche Unwille unserer Gläubiger, Herr Poincare, darüber nach, wie er den Nachschub vom betrügerischen Bankrott des Reiches erbringen kann. In den nächsten Wochen wird ein stiller, aber wahrscheinlich umso härterer Kampf um die Grundlagen einer wirtschaftlichen und finanziellen Konsolidierung der Welt ausgefochten werden. Dieser Kampf wird aller Voraussicht nach zwischen Frankreich und England ausgefochten werden, wobei England den unglücklicheren Standpunkt vertreten wird. Aber nur sehr nahe Gemüter können hoffen, daß wir ein neues schweres Steuerlasten, um Einkünfte zu beschaffen, werden. Wenn der Reichstag in etwa 3 Monaten zur Herbsttagung nach Berlin zurückkehren wird, werden nicht nur die bereits vorliegenden Gesetzentwürfe wie die Schuldenordnung, Arbeitslosenversicherungsgesetz, u. a. m. in die Diskussion kommen, sondern wahrscheinlich auch eine Reihe neuer Finanzgesetze. In diesen Sommerwochen ist viel zu viel die Parteien auseinanderreibende Polemik und zu wenig die Parteien einander nähernde praktische Reformarbeit geleistet worden.

Der Aufruf der Sozialisten.

In den sozialistischen Blättern veröffentlicht die Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, die Reichsgewerkschaft aller Angehörten-Berufstände, die Reichsgewerkschaft der Arbeiter und die unabhängige Sozialdemokratie einen Aufruf an ihre Mitglieder, in dem sie eine Darstellung der Vorgänge geben, die zur Bildung der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft geführt hätten und die ihre Haltung in der Frage einer eventuellen Reichstagsauflösung festlegen soll. Eine Erklärung hätte zur Berücksichtigung der außenpolitischen Lage geführt, zu einer Erwiderung der dringenden Lösung der Reparationsfrage. Die wirtschaftliche Lage wäre erhöht, die politische Unsicherheit verschärft, der Sturz der Reichsregierung und die Reichsregierung vergrößert worden. Der Aufruf schließt bezeichnenderweise: „Aber der Kampf ist nicht abgeschlossen, er dauert fort. Das Wort der Einigung ist bekommen, es muß vollendet werden.“

Wenn man diesen sozialistischen Aufruf, diesen teilweise Abblasen der großen sozialistischen Rathenau-Auswertung um Wortlaut auf sich wirken läßt, so stellt er sich als ein Bemühen dar, die aufgestaute Wut zu beruhigen, der außenpolitischen Wut zu machen, daß mit dem Gesetz zum Schutze der Republik und seinen Nebengesetzen die Weiterentwicklung des Sozialismus in Deutschland recht beträchtliche Herausforderungen sei, daß aber schließlich die Menge mit der restlosen Erfüllung ihrer Wünsche noch so lange warten müsse, bis der Sozialismus das Bürgertum ganz in Anspruch genommen habe, was eben bei dieser Aktion nicht gelingen sei. Zwischen den Zeilen kann man allerdings auch weiter lesen, daß der Umgang zwischen Unabhängigen und Reichsgewerkschaften noch einige recht beträchtliche Unebenheiten im Wege stehen. Indessen möchten wir aber doch allen Ernstes das Bürgertum warnen, diese Unebenheiten zu übersehen, bei dem angerundigten Reden gegen den Bourgeois werden diese „schändlichen Brüder“ sich schon finden.

Im Hinblick auf das, was unter dem Namen und nach gebracht Gesetz zum Schutze der Republik, zum Schutze der Verfassung von Weimar enthält dieser sozialistische Aufruf einzelne Sätze, die wahrlich eine näher Betrachtung verdienen. So sagt dieser Aufruf über den Staatsgerichtshof wörtlich: „Ein Staatsgerichtshof ist gewollt, in dem keine Monarchisten und Reaktionäre sitzen. Von diesem Staatsgerichtshof darf das Volk erwarten, daß er ohne politische Voreingenommenheit Recht sprechen wird.“ Gemeintlich versteht die sozialistische Denkmalsweise unter einem Reaktionär den, der sich nicht von den Segnungen der sozialdemokratischen Parteiprogramme überzeugen läßt. Wir meinen, an dieser Stelle muß die hier wiedergegebene Definition direkt als eine recht plumpe Propagierung eines Klassen- und Parteigewaltens wirken, denn man von sozialistischer Seite dem Staatsgerichtshof geben möchte. Das diese Klassenkampfpropagierung vorliegt, beweist ein weiterer Satz dieses Aufrufes mit klarer Schärfe: „Die Republik kann jetzt nicht am Schutze, ihre Gegner können keine Lage gelegt werden, wenn die Regierung mit, einige Entschlossenheit und Fähigkeit beweist. Die Gesetze sind da, jetzt kommt es auf die Ausführung an.“

In allen nicht sozialdemokratisch denkenden und führenden Kreisen werden und müssen diese Darlegungen wie ein Hohn auf den Geist des soeben beschlossenen Gesetzes wirken. Man sollte doch wohl der Meinung sein, daß das Gesetz einem erhöhtem Schutz des Bestehenden, gegenwärtigen Staates zu dienen habe, nicht etwa ein Freibrief für verfassungswidrige Treiben in ein Rohwasser, das bei der Bildung und Festlegung dieses Staatswesens in Weimar ausdrücklich abgelehnt wurde. Wir haben nach dieser Ankündigung ein lebhaftes Interesse daran, daß in dem Rahmen dieses Gesetzes „mit dem Schutze der Republik“ nicht ein Gebrauch sich einbürgert, der nach allgemeinem, normalem Rechtsempfinden als ein sozialistischer Staatsstreich zu bewerten wäre. Auf jeden Fall muß man berechtigter Weise die schärfsten Bedenken haben, wenn in einem rein sozialistischen Aufruf, der sich nur an Sozialisten wendet, mit ausdrücklicher Apokryphierung von der „rechten Ausführung“ dieses Gesetzes gesprochen wird. Nach unserer Rechtsanschauung ist diese Apokryphierung eine Handlung, die an dem Rahmen des Gesetzes „zum Schutze der Republik“ gemessen, mindestens hart an der Scheidelinie zwischen Erlaubtem und Unzulässigem liegt.

Diese Feststellung muß bei Bewertung dieses sozialistischen Aufrufes umso mehr in den Herzen

ich mir wahr- das Landhaus chiebele er sich aufführung des en ganz uner- scheliger schreib sich wohl die er nicht wenig genden Brief chhältnisse in- ist für meine ch muß daher ntauf Abstand

Monär.

Band, wo ein it, um nicht zu ahem Wagenat ade sein Bild sich Tex Ri- bei uns man- nt, ist dafür ein wurde bekannt pentier, d.h. er chlich: er gehört an, die auf ein selbe ausführen, ind bald Gwa- grüber, schulu ine wird schließ- der dritte Woge, e Jack London, Curwood u. a. ar 1871 in Kan- re alt war, starb in bitterster Not hatte mit einigen Wied unter sich. Lebensrichter der ihre später zieht in London. Als verurteilt er seine und war ein ge- nete er aber el- alles, was er bekanntlich des fernen Reg. Be- als Himmelsleu- nach Rome in Epitaph. Die nach Genationen er werde Wog- i hinterlegte w- ließen sich leben. Der Erfolg war g als Voramp- folgezeit war er gewöhnlich seine der Sungen- teilt ab. In den Unkummen. Der achte ihm 290 000 pfund und Willard sehung Willard- von kleineren Ver- Bei alledem immer über alles, und mit verbäng- reiten, das dünkt ich Erden zu sein. chaft zu verfallen, 4 Millionen acres ein vermögensloser rau durch die wei- der Nachfolger auf, nur, wenn er die er schnell einmal nach New York und mmpf.

bericht.

gen und die Regem- beginnt der Auf- n. Die Witterung und kühl, auch ist

hen Volkspartei.

uli 1922.

8 Uhr bei von Generalver- er des Bezirksver-

8 Uhr, bei Boh- entliche Zusammen-

rtsteil, Prinz von Wahl, Brückstraße,

abends 8 Uhr, bei entliche Zusammen-

uli 1922.

8 Uhr, bei Hahne- entliche Zusammen-

8 Uhr bei Hagen- untunft.

abends 8 Uhr bei r. Cde, wöchentliche Zusammen-

abends 8 Uhr, bei wöchentliche Zusammen-

achtung!

daß die Bezugsgebühr nat gegen Quittung an r a u zu entrichten ist. Märkischer Sprecher.

Vertreter:

Hetteriks
Isenkirchen
Markgrafenstr. 8,
Ruf 3369.

grund gerückt werden, weil derselbe Aufruf ausdrücklich selbst feststellt, daß der Reichstag im Industrienotstand Deutschland über eine beträchtliche bürgerliche Mehrheit verfüge, und daß man im Interesse des Zustandekommens dieser Gesetze auf weitgehende Forderungen des Eintritts von NSD-Deuten in die Regierung vor der Hand verzichtet habe, weil diese Bestrebungen „auf den zähen Widerspruch aller bürgerlichen Parteien“ stießen. Wenn also dieser selbe sozialistische Aufruf an Sozialisten gerichtet selbst anerkennen muß, daß der verfassungsmäßige Status der Deutschen Republik nach dem November 1918 ein Staat mit starker bürgerlicher Mehrheit ist, anerkennen muß, daß diese starke bürgerliche Mehrheit sich mit aller Entschiedenheit gegen ein weiteres Einbüßungsverhalten in einem mehr sozialistischen Charakter zur Wehre zu setzen wußte, so kann man es nicht von der Hand weisen, daß in dieser ausdrücklichen Absprache auf die „Ausführung des Gesetzes“, auf die „Abnähmung der Gegner“ eine Art von Aufbahrung, von Aufrechterhaltung liegt, die sich mit dem Gesetz „zum Schutze der Republik“ nicht nur nicht verträgt, sondern direkt einen Hohn auf ein Gesetz zur Erhaltung und zum Schutze des bestehenden Staates darstellt.

Die in diesem sozialistischen Aufruf getroffene Feststellung von dem erfolgreichen zähen Widerstande des diesmal gezeigten Bürgertums gegen eine weitere sozialistische Strömung im neuen Deutschland hat seine volle Berechtigung. Wir wollen uns einmal vergegenwärtigen, daß die Sozialisten im ersten Sturm ihres Latenzdranges zwei Ministerposten für die unabhängige Sozialdemokratie forderten, dann auf einen zurückgingen und sich schließlich mit einem Unterstaatssekretariat begnügten. Alle ihre Forderungen schlugen an dem Willen des geschlossenen Bürgertums fehl, für jeden Mann der Linkserweiterung im Kabinett mindestens einen Mann der Rechtserweiterung aus den Reihen der Volkspartei heranzuziehen. Dieser geschlossene Wille hat den wahren Schutz der Republik dokumentiert, den Schutz, jede Vorbereitung zur Überwindung der Weimarer Verfassung, zum Sturzgeleit in die sozialistische Diktatur schon in den Anfangsstadien zu unterbinden. Man kann wohl füglich angeht dieses sozialistische Auftrages an die deutschen Sozialisten verlangen, daß die Ausführung und Auslegung dieses Gesetzes durch die nachgeordneten Organe sich an diesen Willen der Gesetzer gebunden hält.

In seiner Gesamtwirkung ist dieser sozialistische Aufruf ein warmer Appell an die deutschen Sozialisten, sich zusammenzusetzen im rücksichtslosen Kampfe gegen alle und jede nichtsozialdemokratische Bestrebungen, zusammenzusetzen zu dem Zwecke der Zerstörung eines rein sozialistischen Staates. Die Engherzigkeit des Bürgertums hat seit Nov. 1918 in diesen ersten Tagen ihren ersten, allerdings noch recht bescheidenen Erfolg hervorgebracht. Möge das Bürgertum aus diesen Vorgängen die erforderliche Lehre ziehen, um genötigt und gewillt zu sein für den folgenreichen Kampf, der seiner im Dienste harret.

R.-r.

Sozialdemokratie und Auslands-Deutschtum.

Von einem Auslandsdeutschen.

Die meisten südamerikanischen Vertretungen des Deutschen Reiches sind eine Bruchstätte der Reaktion, glaubt der „Vorwärts“ feststellen zu können. Und er führt die reaktionäre Einstellung eines großen Teils der Auslandsdeutschen nicht zuletzt auf die vorwiegend beruflichen Anschauungen vieler unserer offiziellen Vertreter im Ausland zurück, um eine gründliche Säuberung des Berliner Auswärtigen Amtes zu empfehlen.

Was die Sozialdemokratie unter Reaktion versteht, wissen wir: es ist die Ablehnung ihres Parteiprogramms durch alle Andersdenkenden, in welchem Lager sie sich auch befinden mögen, und sie wartet nur darauf, auch mit dem Zentrum und den bürgerlichen Demokraten Überwindung zu halten. Aber, wenn sie annimmt, die Auslandsdeutschen, besonders die in Südamerika, könnten durch sozialdemokratische, auf die Republik eingetragene Boten, Gefährde und Konfusion zu anderen Anschauungen bekehrt werden, so verrät dies eine polizeiwidrige Naivität. Es ist männlich

Lloyd George und Poincaré.

Nach einer Meldung der Agence Havas hat Poincaré die britische Regierung davon verständigt, daß er nicht in der Lage sei, das Datum anzugeben, an dem er mit Lloyd George in London zusammentreffen könne, bevor er Kenntnis von dem Verlaufe des Garantieauschusses genommen habe, der eben eine

ernstliche Grundlage für die geplante Besprechung über die Reparationen abgeben könnte. Die dem britischen Geschäftsträger in Paris übermittelte Note schließt daher, so heißt es in der Havasmeldung weiter, keineswegs die Möglichkeit eines Zusammentreffens der beiden Staatsmänner aus, das übrigens ebenso wie in Paris in London wünschenswert erscheint. Der französische Ministerpräsident behalte sich nur vor, den Augenblick zu wählen, den er für den günstigsten halte.

Der Pariser Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt, während die Aufmerksamkeit des Publikums sich fast ausschließlich der Reparationsfrage zuwendet, ergab sich aus den Besprechungen mit verantwortlichen und hochgestellten französischen Persönlichkeiten, daß die französische Regierung den Gedanken an die Möglichkeit eines Abschlusses des englisch-französischen Pakt

durchaus nicht aufgegeben habe und es bedauern würde, wenn die Besprechungen darüber eingestellt werden sollten. In diesen Kreisen glaube man, daß in England die Ansicht bestehe, Frankreich betrachte den Pakt als bedeutungslos. Man würde nur eine genauere Fassung des Pakt und eine Mitwirkungsbewilligung wünschen. Die Aufgabe, daß Poincaré der Ansicht sei, der Abschluß des Pakt könne erst dann erfolgen, wenn zwischen England und Frankreich die schwebenden Fragen erledigt seien, sei im Prinzip richtig. Aber der französische Ministerpräsident glaube, daß man in dieser Beziehung nicht so weit zu gehen brauche, und sei der Ansicht, daß, wenn diese Fragen bis zu einem gewissen Punkte geregelt seien, ihre endgültige Regelung durch Beilegen des Paktes erleichtert würde.

Es ist bekannt, daß die Auslandsdeutschen nicht vergessen haben, wenn sie ihre geachtete Stellung fern der Heimat zu verhandeln hatten. Keine Verpflichtung des von Bismarck geschaffenen Einheitsstaates, keine Verpflichtung der alten Staatsverträge und ihrer Grundzüge vermag den Gedanken an die frühere Größe Deutschlands auszulöschen. Das deutsche Nationalbewußtsein ist nicht so leicht durch konjunkturelle Beeinträchtigungen oder Anstrengungen durch Gelände.

Mit Händen und Füßen sträuben sich nicht nur die Deutschen gegen die Einwanderung sozialdemokratischer Arbeiter, sondern auch alle Auslandsdeutschen. Der deutsche Industriearbeiter ist in Südamerika geradezu verfehlt, denn von ihm und seinen Begleitern befürchtet der Amerikaner die Zerstörung seiner Staatsordnung und weiß auf die deutschen Zustände hin, wie sie sich infolge der marxistischen Entwicklung innerhalb weniger Jahre herausgebildet haben.

Vor allem aber bezieht sich der Auslandsdeutsche, welcher Gefahr für ihn im internationalen Kampf um Macht, der als Einheitsstaatler das Deutsche Reich zum Kulturträger für andere Völker machen würde. Die Vereinfachung aller Völker der Welt, diese auf Einzelgänger berechnete Lösung, gehört zu den gerade durch den Weltkrieg außer Kurs gesetzten Papieren, und wer sie in Zahlung gibt, macht sich des Betruges schuldig.

Das wollen unsere Sozialdemokraten nicht wahrhaben, obwohl sie jede deutsche Kundgebung im Auslande darüber belehren müßte, mit welcher Inbrunst man überdeutsche Art pflegt. Wenn irgendwo eine Säuberung nötig ist in nationaler Beziehung, dann ist es in diesem Punkte. Der wahre deutsche Genosse als Vertreter des nationalen Gedankens wirkt wie ein Stein zwischen dem Reich und seinen in der Diaspora lebenden Angehörigen, und weiterführende Staatsmänner sollten alles vermeiden, was die faktisch bereits bestehende Kluft vergrößern kann.

Eine Neuordnung der Gefangenen-Verpflegung.

Die Verpflegung der Gefangenen in den preussischen Strafanstalten ist, wie der amtliche Preussische Pressebericht von zünftiger Stelle erfährt, kürzlich neu geregelt worden.

Die Brotmenge ist von 250 Gramm auf 550 Gramm täglich heraufgesetzt, die Fleisch- und Fettportionen sind erhöht worden. Damit ist trotz der Ungunst der Zeiten für Gefangene eine bedeutende Verbesserung der Gefangenenkost durchgeföhrt. Diese kommt von jetzt ab der Friedensverpflegung annähernd gleich.

Nach dem Deubre soll Poincaré gemeinsam mit dem Finanzminister de Lasteyrie eine Zusammenstellung machen.

durch die er beweisen will, daß das Deutsche Reich seit Beginn dieses Jahres jeden Monat für 12 Milliarden Papiermark ausgegeben, also systematisch an der Entwertung seines Geldes gearbeitet habe. Der Bankrott sei also vorbedacht, die Verflechtung gegen die Vorschriften der Reparationskommission bewußt, so daß also auf Grund des § 18, Abschnitt 3, die Alliierten das Recht hätten, also jeder für sich, gegenüber dem bankrotten Schuldner Maßnahmen zu ergreifen, die die Umstände notwendig machten.

Lloyd George dagegen habe, ohne ein Attentat aufzusammeln, er sei ja kein Advokat, erklärt, sein Gegner überweise, und seine ungenügend gerechtfertigten Schlussfolgerungen seien sehr gefährlich. Das sei eine Meinungsverschiedenheit, die im Augenblick die britische Spannung zwischen der englischen und der französischen Regierung herbeiführe.

„Welt Parisien“ verlangt heute in einem Leitartikel

Strenge Kontrolle der deutschen Finanzen.

Man werde bald erkennen, ob der Garantieauschuss in Berlin nach dieser Richtung ein befriedigendes Ergebnis erzielte oder ob man weitergehende Entscheidungen verlangen müsse. Auch dies Blatt fordert von einer übertriebenen Ausgabe von Banknoten. Es sei Zeit, daß das ein Ende nehme. Man könne dem Lande so bedeuten, es sei nicht gehalten, eine tödliche Unordnung in den europäischen Organismus zu bringen. Das Blatt glaubt, daß auch die Kompensation eines Teiles der alliierten Schulden mit der deutschen Schuld notwendig sei.

Die Erlaubnis zum Empfang von Lebensmittelpaketen, die den Gefangenen während der Ernährungsnotwendigkeiten im Krieg erteilt wurde, ist nunmehr wieder aufgehoben worden. Die Lebensmittelzubereitungen, die stets nur zu einem Bruchteil den Gefangenen zugute kamen, und eine schwere Belastung der meist unbediensteten Angehörigen darstellten, haben häufig zu Unordnungen in den Strafanstalten, zu Durchsuchungen und zu Beschwerden der nicht bedachten Gefangenen Anlaß gegeben.

Ausbreitung der Cholera in Kowno.

Im Auswandererlager von Kowno wüthet, wie man aus Warschau meldet, noch immer die Cholera. Die Bemühungen, die Seuche zu bekämpfen, haben noch nicht zu einem vollen Erfolg geführt. In diesen Tagen sind wieder sechs neue Erkrankungsfälle festgestellt worden. Da die meisten Fälle Choleraabzissen enthalten, sind sie durch eine besondere Kommission geschlossen worden.

Notket bei Poincaré.

Poincaré entgegnet, wie man aus Paris berichtet, den General Notelet, den Vorsitzenden der internationalen Kontrollkommission in Berlin.

Die Londoner Tagung des Völkerbundes-Rates.

London, 19. Juli. Der Völkerbunds-Rat nahm den eingehenden Bericht des Vorsitzers Schmitt entgegen und genehmigte in öffentlicher Sitzung die Entwürfe der Mandate, worin er nur geringe, von dem Redaktionsausschuss vorgeschlagene Veränderungen vornahm, um sie mit den im März 1920 genehmigten Mandaten in Übereinstimmung zu bringen.

Die in der Vormittagsitzung behandelten Mandate umfassen für Großbritannien Brit.-Togoland, Kamerun, Ostafrika, für Frankreich Franz.-Togoland, Kamerun, für Belgien Belg.-Ostafrika.

Balfour erklärte, bei den Verhandlungen zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten wurde bezüglich des Palästina-Mandats volles Einvernehmen erzielt. Das Mandat für Mesopotamien wurde zwischen den beiden Mächten noch nicht erzielt. Der Völkerbunds-Rat nahm eine weitere Entscheidung an, daß die Mandatsmächte

Interesse begegne, nicht zuletzt durch die von Job. Schröder dazu geschaffene dunkle Umrahmung des erschütternden Schicksalsgemäldes. — Weiter waren in Problematischen Hauptmann mit der Berliner Tragödie „Die Ratten“, Rosen mit der „Ein Volkseid“ und „Mosmersholm“, Strindberg mit den gütigen „Kameraden“ vertreten.

Das Lustspiel wurde sehr zu Unrecht in den Hintergrund gedrängt. Ausgrabungen wie Kopenhagens „Die deutschen Kleinfährer“ in der famosen Hühnerbüchse - Bearbeitung (Meyer & Fell). Mollers prächtiges Lustspiel „Der Geizhals“ und Kleffs „Herbrodener Krieg“ versprachen mehr, als die weiteren Werke „Zingeborg“ von Kurt Götze, „Der Vulkan“ von Ludwig Fulda und „Das Prinzip“ von Hermann Bahr zu halten vermochten. Selbst die Aufzeichnung der „Räuf Frankfurt“ half da nichts. Es fehlten, zumal in der Nachschau Mat bis Juli, die leichteren guten alten Lustspiele, die eine angenehme Abwechslung in den mit schwerer Kost reichlich beladenen Spielplan bringen sollten. Nicht nur dem Publikum, auch den Schauspielern dürfte in den Sommermonaten das Lustspiel willkommen sein. Hat nicht die Aufnahme des „Hühnermaus“ kurz vor Zerschlagung des beneideten Fährten Lustspiel entgegen können. Es haben hier freilich ein wenig: Seit Willy Schwelbs gut's Weggehen fehlt der Bochumer Bühne der Nachfolger im humoristischen Fach. Wir hören, daß Walter Kottkamp, dieser prächtige Darsteller, dem gerade für seine ausgezeichneten Leistungen in dieser Spielzeit besonderer Dank gebührt, ins tomsche Fach überwechseln will. Trotzdem fehlt der Mann, der Schweißguth ersetzen könnte. Man hat sonst durch Junagüter Kräfte

die eingeborene Bevölkerung nach Möglichkeit vor der Alkoholgefahr schützen möchten.

In der Nachmittagsitzung wurde entsprechend dem Ersuchen der französischen Regierung beschloffen, vom internationalen Gerichtshof ein Gutachten über das internationale Arbeitsvertragsrecht und seine Zuständigkeit in landwirtschaftlichen Fragen einzuholen.

Den letzten Punkt der gestrigen Erörterung bildete die Forderung der bulgarischen Regierung, eine Untersuchungskommission zu ernennen, um die Verhältnisse in Griechenland, Rumänien und Jugoslawien über die Grundsätze von bewaffneten bulgarischen Banden zu untersuchen. Vertreter der vier Nationen nahmen an den Verhandlungen über diese Frage teil. Der bulgarische Vertreter bestreitet nicht das Vorhandensein von Banden und erklärte, es fehle der Regierung an ausreichender Kraft, um sie zu unterdrücken. Nachdem die Vertreter der drei anderen Nationen die beklagten Mächte auf die Gefahr der Lage hinwies, erklärte der Völkerbunds-Rat, einen Bericht über die Frage auszuarbeiten, damit dann im Laufe einer weiteren Tagung Beschluß gefaßt werden könne.

Die Mörder Willsons zum Tode verurteilt.

TU. London, 19. Juli. Die Irländer Dunn und O'Sullivan wurden heute wegen Ermordung des Feldmarschalls Willson zum Tode verurteilt.

Die Kuffen auf der Haager Konferenz.

Von unserem Haager Sonderberichterstatter. Die Haltung der russischen Delegation im Haag ist letzten Endes ebenso fest wie in Genä. Sie sind zu einer Konferenz mit der Kommission für Privat-eigentümer einfach nicht erschienen und haben an den Präsidenten der Konferenz Dr. Pecan einen Brief gerichtet mit der Mitteilung, daß die russische Delegation nicht bereit sei, nur mit der Kommission für Privateigentümer zusammenzutreten, umsonst, weil man von vornherein von der russischen Delegation eine Erklärung bestimmter Art verlangt, während der anderen Partei überhaupt keine Verpflichtungen auferlegt seien. Die Delegation sei nach dem Haag gekommen, um auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu verhandeln. Der Präsident der russischen Delegation müßte es daher ablehnen, daß die eine Partei der anderen vorher Bedingungen für ihre Zusammenkunft auferlegen könne. Wenn es nicht möglich sei, eine Sitzung der vier Präsidenten abzuhalten, um gemeinsam zu versuchen, eine Grundlage für weitere Verhandlungen zu finden, dann solle die russische Delegation nichts anderes übrig, als um eine vollständige Berammlung der Konferenz zu ersuchen, um die wichtigsten Punkte für eine Grundlage einer Übereinkunft zu beraten. Die russische Delegation sei der Überzeugung, daß diese Grundlage zu finden sei.

Der Präsident bemerkte, daß das, was in dem Briefe verlangt werde, nur in einer allgemeinen Berammlung der drei Kommissionen verhandelt werden könnte. Der französische Delegierte Sabradelle wollte von weiteren Verhandlungen nichts wissen. Er wurde hierin von dem holländischen Delegierten, Professor Struycken, unterstützt. Die große Mehrheit der Kommission hat zwar beschlossen, die drei nicht-russischen Kommissionen zu einer Berammlung zusammenzuerufen. Diese Berammlung beschloß, eine Plenarsitzung zusammen mit der russischen Kommission stattfinden zu lassen. In dem Schreiben, in dem Attomow diesen Beschluß mitteilt, heißt es, daß sich diese Zusammenkunft nur mit neuen Vor-schlägen der Russen befassen könne.

Der Seeverkehr nach Rußland. Von unserem russischen Mitarbeiter. Die Bestrebungen der russischen Regierung, den Seeverkehr ihres Landes zu heben, finden jetzt Niederschlag in Verhandlungen mit ausländischen Dampfergesellschaften über Einrichtung einer regulären Schiffsverbindung Danzig-Königsberg-Wien-Alban-Magda-Neval-Petersburg. Außerdem sollen zwischen Bremen und Petersburg zwei-mal wöchentlich Dampfer für Frachten und Passagiere verkehren. Nachdem die Regierung das Abkommen mit Deutsch und über den direkten Eisenbahnverkehr zwischen Danzig und Königsberg, unter Umgehung Polens, über die Randstaaten mit Petersburg und Moskau getroffen hat, darf wohl erwartet werden, daß in erster Linie deutsche Schiffsverrichtungen auch für den Ausbau des Seeverkehrs mit Rußland in Betracht gezogen werden. Das gründet sich ebenso auf Überlieferungen, als auf Erwägungen wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit. Sowjetrußland ist wirtschaftlich Rußland, einerseits Heimat umfangreicher und wertvoller, nach der planmäßigen Erschließung dar-render Rohprodukte, andererseits weites Aufnahmefeld für Fabrikate und deshalb außerordentlich schätzenswerter Handel für das Seeverkehrsgeschäft.

Der Seeverkehr nach Rußland.

Von unserem russischen Mitarbeiter. Die Bestrebungen der russischen Regierung, den Seeverkehr ihres Landes zu heben, finden jetzt Niederschlag in Verhandlungen mit ausländischen Dampfergesellschaften über Einrichtung einer regulären Schiffsverbindung Danzig-Königsberg-Wien-Alban-Magda-Neval-Petersburg. Außerdem sollen zwischen Bremen und Petersburg zwei-mal wöchentlich Dampfer für Frachten und Passagiere verkehren.

Nachdem die Regierung das Abkommen mit Deutsch und über den direkten Eisenbahnverkehr zwischen Danzig und Königsberg, unter Umgehung Polens, über die Randstaaten mit Petersburg und Moskau getroffen hat, darf wohl erwartet werden, daß in erster Linie deutsche Schiffsverrichtungen auch für den Ausbau des Seeverkehrs mit Rußland in Betracht gezogen werden. Das gründet sich ebenso auf Überlieferungen, als auf Erwägungen wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit. Sowjetrußland ist wirtschaftlich Rußland, einerseits Heimat umfangreicher und wertvoller, nach der planmäßigen Erschließung dar-render Rohprodukte, andererseits weites Aufnahmefeld für Fabrikate und deshalb außerordentlich schätzenswerter Handel für das Seeverkehrsgeschäft.

das Gemüde recht pfeifkräftig gemacht; hier aber hat man bislang unbedingt etwas veräumt, das hoffentlich für das neue Spieljahr bald nachgeholt wird.

Ueber die zehn Morgenfeiern, die Dr. Schmitt in diesem Jahre erstmalig einführt und mit eigenen Vorträgen über die Entwicklung des Dramas von der Antike bis zur Gegenwart bekräftigt, ist an dieser Stelle bereits das nötige gesagt worden. Nachzutragen wäre nur noch, daß ein Fehler für den nächsten Besuch in der langen Dauer der Morgenfeiern zu suchen ist. Wenn streng darauf geachtet würde, daß spätestens um 1 Uhr die Feiern beendet wären, dürfte sich der Besuch dieser Morgenfeiern auf die Wintermonate beschränken. In den schönen Sommermonaten zieht es die Menschen hinaus in Gottes schöne Welt, was man ihnen nicht verübeln kann.

Eine Ausnahme von Arbeit und Mühe hat auch in diesem Jahre auf allen mitwirkenden Kräften des Stadttheaters gelastet. Aber sie haben sich mit entgegengesetztem Fleiß in den Dienst der Kunst gestellt und damit den weiten Kreisen unserer hartgekämpften Bevölkerung über manche Stunde der Sorge hinweggeholfen. Sie haben mitgewirkt an der ebenen Aufgabe, den Sinn des Volkes für das Gute und Schöne in der Kunst empfindlich zu machen und die Menschheit zu führen als Mitleid und Leid in das Reich des Selbstverlebens und der Selbstbestimmung. Dafür ihnen allen Dank! Und für die nächste Spielzeit der Zentren und ihren treuen Helfern ein herzlich Glück auf!

Willy Bindner.

Bochumer Stadttheater.

Rückblick auf die Schauspielzeit 1921/22.

Das erste Jahr der Theaterreise Bochum-Duisburg hat sich vollendet. Weit äußerlich ist schon vor Monaten der Zustand der Zwangsreise durch Verlängerung des Gemeinheitsvertrages auf Jahre hinaus festgestellt worden. Diese Bindung besagt also, daß man hüben wie drüben Gefallen aneinander gefunden hat — die Ehe war also ein Erfolg. Welcher Seite der größte Anteil am Erfolge zukommt, braucht hier nicht untersucht zu werden. Hier genügt die Tatsache. Tatsache ist, daß Bochum das Gemeinheitsjahr, was zunächst einmal das Schauspiel anlangt, gut bestanden hat.

Dr. Schmitt hat im großen und ganzen nach den Richtlinien der früheren Jahre gearbeitet. Dabei hat er ein wenig mehr verprochen, als er zu halten vermochte. Einmal rühte die Über mehr als in den Vorjahren in den Vordergrund, dann aber hinderten auch außerhalb der Verantwortlichkeit des Intendanten liegende Einflüsse die restlose Erfüllung eines Versprechens, das in heutiger Zeit immer nur bedingt gegeben werden kann. So mußten die in Aussicht genommene Aufführung der Fortsetzung von Gobineaus „Menschenheit“, Schöns „Reer Gunt“, Willy v. Scholz „Weltlauf mit dem Schatten“ und die Aufführung von Emil Vernebergs „Marsbeau“ unter den Tisch fallen. Naturgemäß trat hierdurch rein quantitativ ein Befehlsmangel des Spielplans ein, für den die vom Duisburger Ballett eingelegten Tanzabende mit ihren nicht immer überwältigend

eindrucksreichen Darbietungen keinen wärtigen Ersatz boten. Um so erfreulicher ist die Feststellung, daß die Qualität des Gebotenen im Schauspiel die Höhe der Vorzüge nicht verließ. Sowohl Inszenierung wie Darstellung hielten getreulich den guten Ruf des Bochumer Hauses.

Mit Schillers „Don Carlos“ wurde die Spielzeit verheißungsvoll eröffnet. „Die Räuber“ gaben dem neuen Oberspielführer Richard Fell erstmalig Gelegenheit, sein starkes Können in einer hervorragenden Regie zu zeigen. In der Folge eine ganze Anzahl Inszenierungen von ausgereifter Eigenart und künstlerischer Einfühlung angeschlossen, so insbesondere Shakespeares Komödie „Wintermärchen“ und „König Lear“ von Woyt, „König Lear“ mit seinem romantischen „Räuber von Seibronn“, Schöns Komödie mit dem wenig bühnenerfahrenen „Tod des Empebolos“. Wie klassiker fanden in Johannes Schröders einen Bühnenbildner, der in seinen Entwürfen den Geist der Werke neu erschaffen ließ.

Von den zur Aufführung erworbenen Werken kam Reinhold Videlis expressionistisch eingestelltes Stübedrama „Das goldene Kalb“, die Tragödie des Jenseitswunders als Spiegel der Gegenwart, in äußerster feinerer Gestaltung und darsellerischer Geschlossenheit auf die Bretter. Gleich vortrefflich hob man Herrn von Videlis Komödie „Friede der Großen“ als letzte Darbietung vor 14 Tagen aus der Reihe. Eine einzige Saison an den modernen Expressionismus machte man mit Georg Kaiser „Gas“, der auch in der Bühnenaufmachung stark angedeutet wurde, aber fatter Aufnahme begegnete und damit über ein Experiment glücklich hinwegsetzte nicht hinauskam. Mehr Erfolg hatte Hans Jochims bühnisch durchgeführte Grabbe-Tragödie „Der Einsame“, die starkem

Begreiflich a die Aufmerksamkeit teilsaten Ränder allem England, auf Ausbeutung Rußland verfuß des deutsch-russischen Handelsvertrags, die kommunistische für Deutschland folge seiner beiden wirtschaftlich freigegeben werden Privatinvestitionen in ten seine Needs fällige Vorzugs gekaltung des hende Währungs

TU. Hamburg eines Vertreters der aufgenommen Hamburger Seefahrer völi Arbeitsnehmerbefrage satzge zeigen seine der einzugehen gesamten Bergh der eigentlichen

w. Berlin, 1. fter Osten in ergelten Zukunf und mit den mit, daß nach Beginn des 8. h 55 Jahren 8. der Oktoberab diesen 80 und lchkeit in Mos

TU. Berlin, der Schloßherr hallet worden. ihn eine Rorm schesführten seiten.

TU. Danzig, Polen ist. w reit, der größt Polen, Brombe stonts geht r gen sind zwisch hia. Gestri f Hamburg, Elb Telestamm e

London, 19. großen Wa ploration erhö und 30 verleg dem Brande i liche Rekonstru helle verform

Casablanca, hat nach Cal bismas auf beim Bremen fallen in den wurden 7 Pe

Nach

TBO. Gelsen lch hängt. A unter dem R worden war, h

Gelsenkirche baupläne G sentlichen hat Ausgabe von von 22 Millio soll dienen zu kauf von Grund des Rhein- u Wasserwerks l gebiet, für M Schlachthofes, b au der Kanal hoßanlage, zu einer Reihe be Rechenhalle, a Ferner erhielt Ausgabe von 22 Millionen zur Föder

TBO. Gagen. kann. Die a kannte Ergeb die einschließ hosen werden

TBO. Hamm eines geringf der Bergmann mann Franz verhaftet.

* Münster. Ich verun nende Mäder seinen Rinder Mäde der W und schen. so stark wa gen. Wohl d bereit auf d gen blieben. A nur den Tod ein eines M Ein jüngerer Leben davon.

* Gredde. Gien in 4 M Bet den Aus man in 4 M fämme, die Raden dort noch auf ergo zu großer W großer Mäde konnte. Die schließ, daß der bis an d geschunden W die Bauffim tum, der fests gend jeder

TBO. Elber Der reiche D brigen der Bölleregen e bestehende C wieren.

Letzte Nachrichten und Drahtmeldungen.

Die Verhandlungen über die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft.

TU. Berlin, 19. Juli. Zwischen den Abgeordneten Dr. Marg (Str.), Dr. Stresemann (D. V.) und Dr. Petersen (Dem.), dem Vorsitzenden der Reichstagsfraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Deutschdemokratischen Partei, wurden heute vormittag die Verhandlungen über die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft fortgesetzt. Der Parteivorstand der Demokraten trat ebenfalls im Reichstagsgebäude zu einer Besprechung zusammen, die um die Mittagsstunde noch nicht beendet war.

W. Berlin, 19. Juli. Die Besprechungen im Reichstag zwischen den Führern des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Deutschdemokratischen Partei stellen erneut die grundsätzliche Übereinstimmung der drei Parteien über die Bildung der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft fest. Die Deutsche Volkspartei trat abermals für die Einbeziehung der Bayerischen Volkspartei ein. Es bestand auch Einigkeit darüber, daß der Bayerische Volkspartei der Eintritt in die Arbeitsgemeinschaft offensteht. Diese Partei verhandelt auf dem demnächst abzuhaltenden Parteitag darüber. Die Arbeitsgemeinschaft wird erst zur praktischen Auswirkung gelangen, wenn der Reichstag wieder verammelt sein wird. Die offizielle Erklärung der drei bürgerlichen Parteien steht bevor.

Sitzung des Auswärtigen Ausschusses.

TU. Berlin, 19. Juli. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages trat heute vormittag zu einer Sitzung zusammen, um sich mit den Verhandlungen der Reichsregierung mit dem Garantiefomitee zu beschäftigen. Fast alle Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses waren erschienen. Auch Reichspräsident Ebert wohnte der Sitzung bei. Den Vorsitz führte Dr. Stresemann. Vom Reichskabinett war neben dem Reichskanzler der Finanzminister Bauer, der Reichswirtschaftsminister Schmidt und der Finanzminister Dethlefsen sowie der Reichsminister für den öffentlichen Verkehr Dr. Daniel anwesend. Auch eine sehr große Zahl der Vertreter der einzelnen Länder, die dem Auswärtigen Ausschuss des Reichstages angehören, waren erschienen. Der Ausschuss nahm zunächst den Bericht des Reichsfinanzministers Dr. Dethlefsen über die Verhandlungen mit dem Garantiefomitee entgegen; vertagte aber dann die Ausdrücke darüber bis zur nächsten Sitzung, da bis dahin der gedruckte Bericht über diese Verhandlungen vorliegt.

TU. Berlin, 19. Juli. Die Garantiefommission hat, bevor sie gestern Abend nach Paris zurückgekehrt ist, um dem Reparationsausschuss über weitere vierwöchige Verhandlungen mit der deutschen Regierung Bericht zu erstatten, ein Schreiben an den Reichskanzler gerichtet, worin sie nach der W. B. gewisse Forderungen als Ergebnis der Beratungen zusammenstellt. Reichsfinanzminister Dr. Dethlefsen berätet zur Stunde dem Auswärtigen Ausschuss, der heute vormittag nach 11 Uhr zusammengetreten ist, aus dem Inhalt der Forderungen der Garantiefommission. Die W. B. kann bereits feststellen, daß die Meldung, daß Garantiefomitee hätte die Genehmigung der von der deutschen Regierung verlangten Stundung für die Goldzahlungen von der Ueberlassung von Aktien deutscher Industrieunternehmen abhängig gemacht, ein falsches Gerücht ist.

Erhöhte Tätigkeit der Militärkontrollkommission.

D. Berlin, 20. Juli. Im Hinblick auf die letzten Waffenfunde der Kontrollkommission in Kiel hat seit etwa einer Woche auf Grund besonderer Befehle des Generals Wolke wieder eine erhöhte Tätigkeit der internationalen Militärkontrollkommission eingesetzt. Die Kontrolle der internationalen Offiziere erstreckt sich in der Hauptsache auf Revisionen der Waffen- und Munitionsbestände sowie der Mannschafte der bei den verschiedenen Truppenteilen des Reichsheeres.

Unerfüllbare Wünsche Rollets.

W. Berlin, 19. Juli. General Rollet verlangt seit langem eine Statistik über das gesamte deutsche Kriegsmaterial, welches nach dem Abschluß des Waffenstillstandes sich noch in unserem Besitz befindet. Er brauche dieses zum Vergleich damit, was abgeliefert sei. Dazu teilt die ausländische Stelle mit: Wir haben ihm immer wieder erklärt, daß eine solche Statistik in zuverlässiger Weise nicht aufgemacht werden könne, denn wir wissen nicht, was damals im Besitz deutscher Stellen vorhanden gewesen sei, und was während der Kämpfe im Westen und Osten verloren gegangen oder in die Hände der Zivilbevölkerung gekommen ist. Ein Kontrolloffizier fand im Spanischer Krieg Archiv Akten der früheren Reichswehrministerien vor. Er glaubte, daß die Akten als Unterlage für die Statistik von Bedeutung sein könnten. Er verlangte deren Durchsicht. Auf seinen Wunsch sagte ihm der ausländische deutsche Offizier zu, die Akten sollten bis zum nächsten Tage liegen bleiben. Inzwischen hatte das Reichswehrministerium die Untersuchung über den Fall Rollet eingeleitet und die Befragung dieser Akten nach Berlin schon vor dem Besuch des Kontrollkommissars angeordnet. Gerade an diesem Tage kam der Befehl, die Akten nach Berlin zu schicken. Der Kontrollkommissar fand sie also am nächsten Tage nicht mehr vor, worin Rollet einen Vorwand ersuchte, um die Akten zu entziehen. Die Akten können in Berlin eingesehen werden, wenn die Kontrollkommission überhaupt das Recht hat, die Akten zu verlangen, was, abgesehen von diesem

Fall, diesbezüglich grundsätzlich bestritten wird. Rollet konstruiert natürlich einen neuen Obstruktionsspiel. Unter Bemühen geht aber sehr langsam dahin, der Kontrollkommission nach Möglichkeit keinerlei Schwierigkeiten zu machen.

Zum Ende der Ministermörder.

h. Berlin, 19. Juli. Im Nachmittagsblatt wird das Ende der Ministermörder wie folgt dargestellt: Kern erschoss sich nicht selbst, er wurde vielmehr von einem Beamten der Halleischen Polizei erschossen, der, weil er sich durch die Ministermörder der Mordbedrohung sah, nach dem Fenster hinausschloß. Eine Kugel durchschlug die Schilde des Kern. Er muß sofort zu Boden gestürzt sein. Fischer legte ihn daraufhin auf das Bett und versuchte das Blut zu stillen. Kern starb jedoch, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Das mag Fischer so deprimiert haben, daß er die Waffe gegen sich selbst richtete und sich den Tod gab.

Die politischen Parteien des Saargebietes an den Völkerrundrat.

W. Saarbrücken, 19. Juli. Die politischen Parteien des Saargebietes, die Deutsche Demokratische Partei, die Deutsche Volkspartei, die Liberale Volkspartei, die Sozialdemokratische Partei und die Zentrumspartei sowie die diesen Parteien angehörenden Mitglieder des Landesausschusses richteten folgenden Schreiben an den Völkerrundrat in Genf:

„Die Regierungskommission des Saargebietes drückt wiederholt den Wunsch aus, mit der Bevölkerung in gebührender Weise zusammenzuarbeiten. Auch die Bevölkerung hat den gleichen Wunsch. Ein wesentliches Hindernis für dieses gebührende Zusammenarbeiten bildet das saarländische Mitglied der Regierungskommission Dr. Hector. Dieser besitzt in der Bevölkerung gar kein Vertrauen, im Gegenteil, lehnt ihn die Bevölkerung ab. Zur Erreichung eines guten Zusammenarbeitens der Regierungskommission mit der Bevölkerung bitten daher die unterzeichneten politischen Parteien und die von diesen gewählten Mitglieder des Landesausschusses, die in diesem Rat von 20 Sitzen inne haben, den hohen Völkerrundrat Dr. Hector im Herbst nicht mehr zu bestätigen und an seiner Stelle einen Mann zu ernennen, der das Vertrauen der Bevölkerung besitzt. Deshalb bitten wir, der Bevölkerung des Saargebietes zu gestatten, daß sie dem hohen Völkerrundrat die Männer ihres Vertrauens zur Ernennung vorschlägt. Unser Antrag geht dahin, daß dieser Vorschlag im Einklang mit den demokratischen Grundsätzen das Ergebnis einer gemeinsamen Abstimmung der Bevölkerung sein möge. Wenn die Befragung der gesamten Bevölkerung in der kurzen Zeit bis zur Ernennung des Saargebietes-Mitgliedes nicht mehr möglich sein sollte, so bitten wir, wenigstens die Vorschläge des Landesausschusses des Saargebietes anzuhören zu wollen.“

Aus der deutsch-nationalen Volkspartei.

W. Berlin, 19. Juli. Der Reichstagsabgeordnete Henning hatte bei der Parteilagerung der deutsch-nationalen Volkspartei die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beantragt, um gewisse gegen ihn schon seit langem erhobene Vorwürfe prüfen zu lassen. Der Untersuchungsausschuss gelangte zu dem Ergebnis, daß gegen Henning nichts vorliegt, was ihn strafrechtlich belastet, daß aber die Art seiner politischen Betätigung den Interessen der Partei nicht entspricht. Die Reichstagsfraktion und der Parteivorstand gaben daraufhin die Erklärung ab, daß ein weiteres Verbleiben Hennings in der deutsch-nationalen Fraktionsgemeinschaft unerwünscht erscheine.

Die Haager Konferenz.

W. Haag, 19. Juli. (Niederl. Corr.-Büro.) In der heutigen Sitzung der nicht-russischen Kommission mit der russischen Abordnung legte Litwinow dar, daß die Abordnung noch nicht imstande sei, neue Vorschläge zu machen. Die russische Regierung soll gefragt werden, ob sie geneigt sei,

1. die Schulden anzuerkennen, die die russische Regierung oder ihre Vorgänger an ausländische Unternehmern zu bezahlen haben,
 2. ob sie bereit ist, diese Frage den ausländischen Besitzern des nationalisierten Eigentums gegenüber schon jetzt strafrechtlich zu erledigen.
- Nach einer kurzen Aussprache, in der Litwinow versicherte, daß er ungefähr 4 bis 7 Tage gebrauche, um mit seiner Regierung zu beraten, wurde die Sitzung ausgeschrieben. Am Nachmittag wird die nicht-russische Kommission über den Vorschlag Litwinows beraten.

W. Moskau, 19. Juli. Radek schreibt in der „Pravda“ vom 15. Juli: Durch die Erklärung der Alliierten, daß sie zu einer Kreditgewährung an Rußland außerstande seien, wird die Haager Konferenz zu einer reinen Informationsquelle. Die Ausdehnung der Entscheidungsbefugnisse bedeutet, nachdem bereits in Genua England seine Entscheidungsbefugnisse fallen gelassen habe und nachdem man sich im Haag über das Prinzip der Nichtverhandlung bereits in Genua erledigt, daß die Konferenz die Stundung des Münchens, die Konferenz abzubrechen, um die eigene Schwäche zu verbergen. Rußland würde durch den Abbruch am wenigsten getroffen, da es im Hinblick auf die guten Entenaustrittsbedingungen und durch Verträge mit Privatkapitalisten den Wiederaufbau selbständig vornehmen könne.

Das Kabinett Korfanth.

TU. Danzig, 19. Juli. Eine Meldung der Gazetta Danzka zufolge hat Korfanth das Kabinett gestern zu Ende gebracht.

TU. Warschau, 20. Juli. Auf dem Theaterplatz fand gestern eine große Kundgebung gegen Korfanth statt, die von den Arbeiterparteien veranstaltet worden war. Der riesige Platz war von einer in Warschau noch nie gesehenen Men-

schmenge gefüllt; unter den Demonstranten bemerkte man zahlreiche Abgeordnete der Dnka. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Die russisch-österreichischen Handelsbeziehungen.

W. Wien, 19. Juli. Wie der belon. Botschafter der russischen Sowjetregierung in Österreich mitteilt, beginnen demnächst die Verhandlungen über den Ausbau der russisch-österreichischen Handelsbeziehungen. Es ist eine Abordnung für österreichische Genossenschaften und andere Interessenten in Rußland, die Gründung gemeinsamer Handels- und Industrieunternehmen und Wiederbelebung des Finanzverkehrs zwischen den beiden Staaten geplant.

Die Streiks in Amerika.

TU. Washington, 20. Juli. Der Streik der amerikanischen Eisenbahnarbeiter hat infolgedessen eine Besserung erfahren, als die Werkskattenarbeiter der pennsylvanischen Bahn nach mit der Direktion über die Wohnfrage verhandelt haben und die 40000 Mann die Arbeit wieder aufgenommen haben. Im Grubenarbeiterstreik soll heute Präsident Harding ein Schiedsgericht ein. Der sozialistische Arbeiterführer Debs fordert in einem Aufruf an alle Amerikaner zum Sympathiestreik auf, um den Forderungen der Bergarbeiter Nachdruck zu verleihen.

W. Frankfurt (Main), 19. Juli. Der Studententag, dessen Abhaltung in Marburg vom Oberpräsidenten von Hessen-Nassau verboten wurde, ist den Frankfurter Nachrichten zufolge nach Würzburg verlegt, wo er am 21. Juli stattfinden soll.

W. Braunschweig, 19. Juli. In der vergangen Nacht zwelste sich im Hause der Karstraße 47 eine Familientragödie ab. Die Familie des Arbeiters Anter, Mann, Frau und sechs jähriger Sohn vergifteten sich durch Kohlenoxyd. Wie die Braunschweiger Nachrichten melden, soll die Familie aus Furcht vor Bestrafung der Mutter wegen eines Verbrechens in den Tod gegangen sein.

TU. Lübeck, 20. Juli. Ein Streik in einem weiteren lebenswichtigen Betrieb ist am Dienstag Abend ausgebrochen: die Belegschaft der Lübecker Hochpumpwerke hat in ihrer Gesamtzahl von 1000 Mann nach Beendigung der Schicht die Arbeit niedergelegt.

TU. Hamburg, 20. Juli. Durch den Seemaischiffenstreik ist die Zahl der stillgelegten Schiffe auf 211 gestiegen. Das bedeutet einen riesigen Ausfall der Ausfuhrfrachten. Diese Schiffe haben zum größten Teil ihre Ladung erhalten und liegen zur raschesten Wahrung bereit, sobald der Abbruch des Streiks erfolgt.

TU. Berlin, 20. Juli. Die Zeitung „Gewissen“, ein politisches Wochenblatt, herausgegeben von Ed. Stabiler, wurde auf Grund der Veröffentlichung eines Briefes des Amerikaners Fred W. Eiben auf 6 Monate verboten.

TU. Berlin, 19. Juli. Im Reichswirtschaftsrat ist das Material über die Verhandlungen der Reichsregierung und des Garantiefomitees eingegangen. Wie verlautet, ist beschließen, in der letzten Juliwoche den wirtschaftspolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats einzuberufen, damit er zu den Verhandlungen Stellung nehmen kann.

W. Berlin, 19. Juli. Der amtliche preussische Pressedienst meldet: Das preussische Staatsministerium beschloß gestern, den Regierungspräsidenten Dr. Fuchs-Erler zum kommissarischen Oberpräsidenten der Rheinprovinz zu bestellen. — In der gleichen Sitzung wurde beschlossen, folgende Regierungspräsidenten aus allgemein politischen Gründen in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen: v. Versdorff, Merseburg, v. Schmeling, Stettin, v. Groening, Koblenz, Freiherr v. Dautzig, Völkensfelde, v. Sappe, Aurich, Graf v. Merfeldt, Münster, Dr. Rutscher, Hildesheim.

h. Berlin, 19. Juli. Die Dresdener Gaswerke drohen laut Sozialistenzeitung angeheuert der Preissteigerung um etwa 50 Prozent mit dem bloßen Einstellen des Werbetreibens.

h. Berlin, 19. Juli. Dem Tagblatt zufolge wurde auf der Straße Wiegand-Breslau in der vergangenen Nacht in einem Hotel 2. Klasse ein als kriegsgefangener deutsch-amerikaner von zwei Männern überfallen, mißhandelt und aus dem Zuge geworfen. Vom Nachwächter aufgegriffen, wurde er mit einem Güterzuge nach dem Krankenhaus transportiert. Von den Tätern fehlt jede Spur.

W. Königsberg, 19. Juli. Der Oberpräsident verbot das Oberländer Volksblatt in Preussisch-Königsberg wegen eines Artikels „Die Unbeliebten“, der eine öffentliche Beschimpfung der republikanischen Staatsform und Regierung enthalte, auf drei Wochen.

W. Wien, 19. Juli. Eine Münchener Meldung von der Anwesenheit des Kapitäns Ehrhardt in Wien bezeichnet das Neue Wiener Tagblatt für unrichtig. Der Aufenthaltsort Ehrhardts ist unbekannt.

TU. Stockholm, 19. Juli. Nach Informationen aus Riga soll Lenin vor einigen Tagen in dem Zuge ermordet worden sein, der ihn zum Kaufhaus bringen sollte. Dagegen wollte er sich erhellen. Lenin soll vergiftet und sein Körper in einen Strom geworfen worden sein.

Verantwortlich: Für Politik: Ernst Henner, für Redaktion und Druck: Will Rindner, für Handel, Sport und Reise Nachrichten: Theodor Volke, für „Friede und den Krieg“: Theodor Volke, für „Friede und den Krieg“: Theodor Volke, für „Friede und den Krieg“: Theodor Volke.

